

# Ehe-Regeln für Unverheiratete

**Familienpolitik** Die SP will, dass eherechtliche Bestimmungen wie Renten- oder Unterhaltsansprüche auch für unverheiratete Paare eingeführt werden.

**Claudia Blumer**

Die SP-Bundeshausfraktion hat gestern einen Dreipunkteplan für ein «soziales und fortschrittliches Familienrecht» verabschiedet: Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ein zeitgemässes Familienrecht sowie die Bekämpfung der Kinderarmut werden darin behandelt.

Damit reagiert die Partei auf die neue Scheidungs-Rechtsprechung des Bundesgerichts. Neu gelten höhere Anforderungen an einen langjährigen nachehelichen Unterhalt. Damit stellt sich zunehmend die Frage, inwiefern sich die Ehe noch von anderen Formen der Lebenspartnerschaft unterscheidet. Denn das Alleinstellungsmerkmal der Ehe – gegenseitige Rechte und Pflichten – ist in den letzten Jahrzehnten abgeschwächt worden. Etwa mit dem seit 2017 geltenden Unterhaltsrecht, das die Kinder verheirateter und unverheirateter Eltern einander bezüglich Unterhaltszahlungen gleichstellt. Und auch die kürzlich verabschiedete Revision des Erbrechts zielt in diese Richtung.

Nun will die SP mit diversen Vorstössen das Familienrecht weiter modernisieren. So soll der Bundesrat prüfen, ob und wie faktische Lebenspartnerschaften eherechtlichen Bestimmungen unterstellt werden können, insbesondere, wenn ein Paar Kinder hat. Das fordert die Zürcher SP-Nationalrätin Min Li Marti in einem Postulat, das sie diese Woche einreichen wird.

**Kosten für Kinderbetreuung**

Inbesondere müsse es bei Konkubinatspaaren eine Absicherung durch Hinterlassenen-Renten geben, sagt Marti. Bei der beruflichen Vorsorge ist es heute schon möglich, dies entsprechend zu regeln. Bei der AHV nicht. Weiter möchte die SP, dass der nacheheliche Unterhalt unter Umständen auch bei unverheirateten Paaren gesprochen werden kann. Dass also etwa bei einem Konkubinatspaar, das jahrzehntelang zusammengelebt hat und bei dem ein Partner sich vorwiegend um die Haus- oder Pflegearbeit gekümmert hat, bei einer Trennung Anrecht auf Alimente hätte.

Daneben will die SP weitere familienpolitische Anliegen vorantreiben. Etwa mit einer Motion, die verlangt, dass die Kosten für ausserfamiliäre Kinderbetreuung nicht mehr als zehn Prozent des Familieneinkommens betragen dürfen. Ebenfalls enthält der Dreipunkteplan der SP zumindest implizite Kritik an der neuen Bundesgerichts-Rechtsprechung.

**Die SP gewichtet Absicherung höher als Wahlfreiheit.**

Mit einem Vorstoss fordert sie eine «ausgewogene Zusammenstellung von Richterinnen- und Richter-Gremien», womit sie die Leiterteile vom März 2021 kritisiert sowie die Einführung spezialisierter Familiengerichte im ganzen Land.

«Die Bundesgerichts-Rechtsprechung setzt eine Gleichstellung voraus, die nicht vorhanden ist, sondern erst geschaffen wer-

den muss», sagt Min Li Marti. Auch könne die neue Rechtsprechung sehr unsoziale Auswirkungen haben auf Frauen, die die Ehe einst unter ganz anderen Bedingungen eingegangen seien.

**Das französische Vorbild**

Mit einer rechtlichen Regelung von faktischen Lebenspartnerschaften hat sich der Bundesrat schon vor Jahren beschäftigt. In einem 2015 publizierten Bericht zur Modernisierung des Familienrechts hat er insbesondere auf den Pacte civil de solidarité (Pacs) nach französischem Vorbild fokussiert. Der Pacs ist eine Art «Ehe light» mit gewissen Pflichten und Rechten, etwa im Mietrecht oder bei medizinischen Auskünften, aber ohne die umfassenden erbrechtlichen Folgen einer Eheschliessung.

Familienrechtsexpertin Andrea Büchler von der Universität Zürich befürwortet die weitere Modernisierung des Familienrechts, doch nicht anhand der Einführung neuer Institute wie des Pacs. Es brauche vielmehr weitere Bestrebungen in Richtung eines Familienrechts, das

unabhängig vom Zivilstand Rechte und Pflichten von Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern und von Eltern und Kindern regle.

FDP-Ständerat Andrea Caroni befürwortet den Pacs, er hat dazu auch einen Vorstoss hingeworfen. Den Paaren müssten drei Modelle zur Verfügung stehen, sagt er: am einen Ende der Skala das Konkubinat als frei gestaltbare Gemeinschaft, am anderen Ende die Ehe. Und dazwischen neu der Pacs als «Ehe light». Wichtig sei die Wahlfreiheit. «Wer das Konkubinat wählt, darf nicht unter das Eherecht gezwungen werden», sagt Caroni.

Damit unterscheidet er sich von der SP, die Absicherung höher gewichtet als Wahlfreiheit. «Wir wollen, dass Härtefälle vermieden werden, unabhängig vom Zivilstand», sagt Marti. Die Gründe für Nichttheirat oder für eine fehlende Regelung seien sehr unterschiedlich, manchmal gingen diese Dinge auch vergessen. Es dürfe nicht sein, dass jemand nach jahrelangem Engagement leer ausgehe oder in die Armut gerate.

## Impfschutz wirkt während 12 Monaten

**Pandemie** Die Schutzdauer der Corona-Impfung betrage wahrscheinlich bis zu zwölf Monate, sagte Virginie Masserey, Leiterin Sektion Infektionskontrolle des Bundesamts für Gesundheit (BAG) gestern am Point de Presse auf Fachebene. Bisher war man von einer Schutzwirkung von sechs Monaten ausgegangen. Zu diesem Schluss sei die Eidgenössische Impfkommision gekommen. Demnach schütze die Impfung zwölf Monate vor einer Ansteckung und länger noch vor schweren Verläufen. In den nächsten Wochen würden entsprechende Verordnungen zur Dauer des Impfschutzes angepasst, sagte Masserey.

In der Schweiz seien bisher insgesamt 2,3 Millionen Menschen, also 27 Prozent der Bevölkerung, vollständig geimpft, so Masserey weiter. Rund 44 Prozent hätten eine Erstimpfung erhalten. 80 Prozent der gefährdeten Personen seien geimpft. Nur noch 88 Covid-19-Patientinnen und -Patienten lägen derzeit auf einer Intensivstation, das entspreche zehn Prozent der Intensivbetten.

**Lokale Ausbrüche möglich**

«Wir alle wünschen uns einen schönen Sommer und einen stabilen Herbst. Und die Zeichen dafür stehen gut», sagte Rudolf Hauri, Zuger Kantonsarzt und Präsident der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte. Die Aktivität des Coronavirus sei auf ein «recht tiefes Niveau» gefallen. Die neusten Lockerungen hätten sich bislang nicht als nachteilig erwiesen. Es könne aber nach wie vor zu lokalen Ausbrüchen kommen, namentlich bei Personen, die nicht geimpft seien.

In der Schweiz fällt die Delta-Variante des Virus, die sich etwa in Grossbritannien stark verbreitet, noch nicht speziell auf. Aber etwas, das man nicht sehe, könne sich schnell verbreiten – insbesondere bei Ungeimpften, sagte Hauri. In der Schweiz und in Liechtenstein sind dem BAG gestern innerhalb von 24 Stunden 243 neue Coronavirus-Ansteckungen gemeldet worden. (sda)

## Kein Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene

**Asylrecht** Vorläufig in der Schweiz aufgenommene Personen sollen innerhalb des Schengen-Raums reisen dürfen. Erlaubt sein sollen dabei etwa Reisen für die Ausbildung, den Besuch von Familienangehörigen oder Sport- und Kulturveranstaltungen.

Ein absolutes Reiseverbot wollte eine Mehrheit des Nationalrats gestern nicht ins Gesetz schreiben. Gegen den Widerstand von Mitte und SVP hat der Nationalrat mit 105 zu 82 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen, Ausnahmen vorzusehen.

Gerhard Pfister (Mitte, ZG) lehnte diese Ausnahmeregelungen ab. «Vorläufig Aufgenommene sind Personen, die aus der Schweiz wegweisen wurden, aber nicht wegweisen werden können. Es ist schlicht stossend, wenn diese Personen in ihrem Heimatstaat Ferien machen», sagte Pfister. «So werden wieder neue Umgehungsmöglichkeiten geschaffen.» (sda)

## Die FDP soll über ein Co-Präsidium nachdenken

**Parteispitze** Andrea Caroni und Susanne Vincenz-Stauffacher halten eine Doppelbesetzung für valabel.

«Nein, ich stehe nicht zur Verfügung.» Das sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni dem «St. Galler Tagblatt» in einem Interview. Der Appenzeller hat zuvor zu den meistgenannten Anwärtern auf das Präsidium der FDP Schweiz gehört. Als Grund gibt Caroni an, es sei unmöglich, «einer jungen Familie ein guter Vater und Partner und gleichzeitig ein guter Parteipräsident zu sein». Der 41-jährige Anwalt ist liiert und hat zwei Kinder.

Auch falls die FDP ein Co-Präsidium mit zwei Personen an der Spitze anpeilt, wäre das für Caroni keine Option: Das sei mit Familie und Ständeratsamt ebenfalls nicht vereinbar. Aber: «Je länger ich darüber nachdenke, desto valabler scheint mir die Idee eines Co-Präsidiums für die FDP.» Zwei Personen könnten die Arbeitslast besser stemmen, sagt Caroni.

Damit macht Caroni klar, dass er bei der Besetzung des FDP-Präsidiums doch noch eine Rolle spielen möchte. Er werde «weiterhin die Verantwortung als Vizepräsident» tragen, sagt er. Zudem stellt sich Caroni für die Findungskommission zur Verfügung, um die Nachfolge von Petra Gössi aufzugleisen.

**Kandidatenfeld lichtet sich**

Nachdem sich der Zürcher Nationalrat Andri Silberschmidt und sein Berner Ratskollege Christian Wasserfallen bereits am Montag aus dem Rennen genommen haben, lichtet sich das Feld der Anwärterinnen und Anwärter auf das FDP-Präsidium.

Häufig genannt wird Philippe Nantermod. Der Unterwalliser Nationalrat ist neben Caroni der zweite Vizepräsident der FDP. Er wird dem rechten Parteiflügel zugeordnet. Das trifft auch auf Thierry Burkart zu. Als lautstar-



Andrea Caroni will nicht an die Parteispitze – Susanne Vincenz-Stauffacher lässt das vorderhand offen. Fotos: Peter Schneider / Gaëtan Bally (Keystone)

ker Kritiker des ökologischen Gössi-Kurses wäre er ebenfalls ein möglicher neuer Parteipräsident. Genau wie Marcel Dobler. Dem St. Galler Nationalrat wird der notwendige Ehrgeiz für das Amt nachgesagt. Dobler war Mitgründer des Onlinehändlers Digtitec. Mit ihm käme ein echter Unternehmer an die FDP-Spitze.

Der Politologe Daniel Schwarz verfolgt als Mitgründer und Projektleiter der Wahlhilfe Smartvote detailliert die Ausrichtung

von Schweizer Politikerinnen und Politikern. Er sagt, Wasserfallen, Dobler und Burkart seien unter sich relativ ähnlich: «Sie sind klar rechtsliberal einzuschätzen und stehen somit rechts von Petra Gössi. Nantermod steht bezüglich Umweltpolitik ebenfalls rechts von Gössi, doch ist er gleichzeitig gesellschaftsliberaler und weniger migrationskritisch als diese.»

Der Luzerner Ständerat Damian Müller dagegen kämpfte

mit Gössi für das CO<sub>2</sub>-Gesetz und würde als Parteipräsident eher für eine Fortsetzung des ökoliberalen Kurses stehen. Auf dem ökologischen FDP-Flügel politisiert auch die St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher. «Ihr politisches Profil ist demjenigen von Gössi sehr nahe», sagt Politologin Schwarz.

In einem Interview mit SRF machte Vincenz-Stauffacher als Präsidentin der freisinnigen Frauen klar, dass sie eine Frau

an der FDP-Spitze begrüssen würde. Und wie Caroni schliesst sie ein Co-Präsidium nicht aus. Sie lässt aber offen, ob sie selbst zur Verfügung stehen würde.

Eine Doppelspitze wäre auch ein möglicher Ausweg aus dem freisinnigen Richtungstreit nach der CO<sub>2</sub>-Abstimmung. Es gäbe Platz sowohl für den ökologischen als für den wirtschaftsliberalen Flügel der Partei.

**Edgar Schuler**